

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine von youpaN**

### **1. Welche konkreten Maßnahmen sieht ihre Partei für die nächste Legislaturperiode vor, um den Landesaktionsplan BNE weiter umzusetzen? Wie stehen sie zu einer Evaluierung und Fortschreibung?**

Die Linke setzt sich in der nächsten Legislaturperiode dafür ein, den Landesaktionsplan BNE konsequent weiter umzusetzen und zu stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein zentraler Baustein, um Menschen jeden Alters dazu zu befähigen, die ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit aktiv und kompetent anzugehen. Konkret planen wir folgende Maßnahmen:

- Wir werden darauf hinwirken, BNE noch stärker und konkreter als verbindlichen Bestandteil in den Lehrplänen und Bildungsprogrammen von Kitas, Schulen, beruflichen Bildungseinrichtungen und Hochschulen zu verankern. Zusätzlich wollen wir pädagogische Lehrkräfte an Schulen und Kindertageseinrichtungen durch spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote besser auf die Vermittlung von BNE-Inhalten vorbereiten.
- Damit die Vermittlung von BNE im schulischen Kontext wirkungsvoller gelingt, werden wir bestehende BNE-Initiativen stärker fördern und neue Projekte initiieren, die innovative Ansätze zur Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen entwickeln. Besonders wichtig ist uns die Kooperation von Schulen mit BNE-Initiativen und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der BNE-Arbeit aktiv sind, stärker zu fördern.
- Um BNE stärker in den Alltag der Menschen zu integrieren, wollen wir regionale Netzwerke aufbauen und Praxisprojekte fördern, die Nachhaltigkeitsthemen konkret erlebbar machen.

Die Linke befürwortet eine regelmäßige Evaluierung des Landesaktionsplans BNE ausdrücklich. Eine Fortschreibung des Landesaktionsplans sehen wir als notwendig an. Dabei wollen wir insbesondere auf die Erfahrungen und Rückmeldungen der Beteiligten aus Bildungseinrichtungen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zurückgreifen.

### **2. Welche Rolle schreiben Sie Demokratiebildung in der Gesellschaft zu und was unternehmen Sie, um Demokratiebildung zu stärken?**

Demokratiebildung ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Wahrung von Demokratie und die Sicherung unserer Zukunft existenziell. Zur Stärkung der Demokratiebildung planen wir folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote in den Schwerpunkten Demokratiebildung sowie Umgang mit Hass, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und Gewalt im Netz
- Erweiterung der Angebote der politischen Bildung in Schule, Jugendarbeit, Jugendbildungsarbeit und Einrichtungen der Grundbildung und Sicherung einer stabilen Finanzierung der Träger solcher Angebote. Wir werden die Kommunen und gemeinnützigen Träger mit Landesmitteln dabei unterstützen, das Angebot der Volkshochschulen und der Erwachsenen- und Weiterbildung auszubauen, und dabei auch neue digitale Angebote zu schaffen. Insbesondere Volkshochschulen und Erwachsenenbildungsstätten müssen gestärkt und mit einer Grundfinanzierung des Landes verlässlich abgesichert werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass das pädagogische Personal bei Trägern der Fort- und Weiterbildung eine langfristige und angemessen bezahlte Arbeitsperspektive bekommt.
- Gute Demokratiebildung braucht eine gelebte Beteiligungspraxis: Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen in

ihren Wohnorten und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beteiligt werden. Wir werden Kommunen und die Träger von Angeboten durch einen Ausbau der Beratungs- und gezielten Weiterbildungsangeboten unterstützen. Wir stärken die Arbeit von Jugendbeiräten, -parlamenten und anerkannten Strukturen der Selbstorganisation junger Menschen aus Mitteln eines Landesfonds und unterstützen die Landesinteressenvertretungen junger Menschen sowie die Jugendverbandsarbeit und die Jugendarbeit in den Kommunen als wichtige Säulen der Demokratiebildung für junge Menschen.

### **Frage 3: Wie möchte Ihre Partei Diskriminierung und Rechtsextremismus in den Bildungsinstitutionen entgegenwirken?**

Diskriminierung und Rechtsextremismus in Bildungseinrichtungen wollen wir begegnen, indem wir Kinderrechte in Kindertageseinrichtungen und Schulen stärken, die Beteiligungskultur in diesen Institutionen auf- und ausbauen und pädagogische Fachkräfte sowie auch die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit Diskriminierung und Rechtsextremismus schulen. Demokratiebildung muss in der Kita beginnen. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind nach unserer Einschätzung gegeben. Für die praktische Umsetzung einer Kultur der Vielfalt und einer partizipativen Pädagogik bedarf es verpflichtender Themenschwerpunkte in Aus- und Weiterbildungen sowie einer Verankerung dieser wichtigen Zielstellungen als verpflichtend umzusetzende Qualitätsindikatoren in den Bildungssystemen. Neben der Qualifizierung von Fachkräften müssen in allen Bildungsinstitutionen sowohl die Personalbemessung als auch die Rahmenbedingungen für die Pädagog\*innen verbessert werden. Partizipative Pädagogik, die Diskriminierung vorbeugt, braucht bezahlte Personalzeit für Kommunikation, Diskussion und bedarfsgerecht gestaltete Angebote. Um Diskriminierung grundsätzlich präventiv zu begegnen, wollen wir mit einem neuen Kitagesetz, der Einführung von multiprofessionellen Teams an allen Kitas und Schulen sowie der Umgestaltung des Schulsystems hin zum einer Schule des gemeinsamen Lernens Inklusion in allen Bildungsrichtungen ermöglichen.

### **4. Was tut ihre Partei um Bildungsangebote in ländlichen Räumen zu schaffen und zu erhalten?**

Wir unterstützen die Kommunen mit kommunalen Investitionspaketen und weiteren Landesmitteln beim Bau und Ausbau von Kitas, Schulen und Einrichtungen der Grundbildung. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Bildung auch digital und kostenfrei zu gestalten, so dass auch in ländlichen Räumen mit noch schlecht ausgebautem Nahverkehr Bildungsangebote genutzt werden können.

### **5. Welche Rolle spielen die außerschulischen Bildungsanbieter\*innen für Sie in der Brandenburger Bildungslandschaft?**

Die außerschulischen Bildungsanbieter\*innen sind für die Brandenburger Bildungslandschaft von besonderer Bedeutung. Sie und die dort beschäftigten Fachkräfte müssen durch stabile Landesfinanzierung gestärkt werden.

### **6. Wie stellen Sie sich das Bildungssystem (schulische, aber auch außerschulische Bildungsorte) in zehn Jahren vor und welche Maßnahmen müssen bis dahin ergriffen werden?**

In 10 Jahren haben wir durch einen massiven Aus- und Umbau der Aus- und Studienangebote sowie die Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen sichergestellt, dass ausreichend Lehrkräfte, Erzieher\*innen, Sozial-, Heilpädagog- und Sonderpädagog\*innen in Brandenburg ausgebildet und beschäftigt sind, um in allen Kitas, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen wohnortnah für alle jungen Menschen qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu unterbreiten. Mit einem neuen Kita- und Schulgesetz ist gewährleistet, dass alle Bildungseinrichtungen inklusiv gestaltet und ausgestattet sind, so dass gemeinsames Lernen und Aufwachsen von der Krippe bis zum Gymnasium möglich ist. Durch ein brandenburgisches Ausführungsgesetz setzen wir das

Ganztagsförderungsgesetz des Bundes so um, dass durch eine enge Verzahnung von Schule, Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Organisationen Schulen zu Orten des Lernens und des Lebens gestaltet werden, an denen sich junge Menschen gern aufhalten und individuell gefördert werden. Mit Landesmitteln unterstützen wir Kommunen beim Bau- und Ausbau von Bildungseinrichtungen, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen wohnortnah Angebote der frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bildung wahrnehmen können. Alle Bildungsangebote sind für alle Kinder kostenfrei. Gesichert sind dann auch eine kostenlose warme Mittagsmahlzeit sowie ein kostenloses Schüler\*innen- und Azubi-Ticket für den Nahverkehr in Brandenburg, das auch in den Ferien gilt.

### **7. Sehen Sie Jugendliche und junge Menschen in der Ausgestaltung bildungspolitischer Prozessen bislang ausreichend beteiligt? Wenn nicht: Was planen Sie, um die Beteiligung zu verbessern?**

Nein, die Beteiligung von jungen Menschen ist in der Praxis nicht ausreichend umgesetzt, obgleich die UN-Kinderrechtskonvention, das Schulgesetz, das SGB VIII und auch das brandenburgische Kinder- und Jugendgesetz hier klare Vorschriften setzen. Um hier Verbesserung zu erzeugen, setzen wir uns dafür ein, dass an den Universitäten, Fachhochschulen und Fachschulen diesbezüglich die Ausbildungsinhalte neu gestaltet werden. Kinder und Jugendliche müssen entsprechend ihres Alters und ihrer Entwicklung an allen sie betreffenden Entscheidungen in Bildungseinrichtungen beteiligt werden. Diese Haltung muss Pädagog\*innen im Grundsatz vermittelt werden. Zudem müssen Kinder-, Klassen- und Schülerräte stärker durch z.B. außerschulische Beratungs- und Bildungsangebote geschult werden, um ihre Rechte besser umsetzen zu können. Auf der Landesebene werden wir weiter für die Wiedereinführung eines echten Landes-Jugendhilfe-Ausschusses kämpfen, der die Belange von Kindern und Jugendlichen in Kitas und außerschulischen Bildungseinrichtungen aktiv im politischen Raum vertreten kann. Wir setzen uns dafür ein, den Landesschüler\*innenbeirat viel intensiver in die Arbeit des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg einzubinden. Damit die Meinung von Kindern und Jugendlichen auch auf der Kreisebene in der Schulentwicklungs- und der Jugendhilfeplanung wahrgenommen werden kann, setzen wir uns für eine finanzielle Förderung von Interessensvertretungsstrukturen und eine Unterstützung bei der Arbeit in Jugendhilfeausschüssen ein. Um das Schulsystem grundsätzlich zu reformieren, etablieren wir einen Bildungsrat auf Landesebene, der Empfehlungen für Bildungsziele, Schulformen und Bildungsinhalte der Zukunft erarbeiten soll. In diesem Bildungsrat müssen Kinder und Jugendliche aktiv vertreten sein.

### **8. Wie möchten Sie das ehrenamtliche Engagement junger Menschen fördern? Was tun Sie, um die Partizipation junger Menschen insbesondere in ländlichen Räumen zu stärken?**

Für uns ist klar, Politik muss sich mehr um die Interessen, Forderungen und Ideen junger Menschen kümmern und vor allem das Ehrenamt von jungen Menschen stärken. Das sind unsere konkreten Vorhaben dazu:

- **Mobilität für Ehrenamtliche:** Wir werden die grundlegende Finanzierung des Ehrenamts in Brandenburg wieder einführen. In einem ersten Schritt wird der Mobilitätsbonus für Ehrenamtliche wieder aufgelegt und finanziell untersetzt.
- **Ehrenamtskarte ausbauen:** Die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element gesellschaftlicher Wertschätzung wollen wir ausbauen und allen Ehrenamtlichen zugänglich machen: über die Absenkung der Zugangshürden wie der erforderlichen Mindeststundenzahl, die Einbeziehung weiterer Partnerinnen und Partner sowie eine digitale Umsetzung als App.
- **Verlässliche Unterstützung:** Die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit ist eine wichtige Säule unserer Politik. Ehrenamt muss strukturell besser und zielgenauer gefördert werden. Dazu werden wir die regionalen Ehrenamtsagenturen wieder aufbauen und dauerhaft und verlässlich fördern.

- **Vereine unterstützen:** Wir werden einen Fonds auflegen, aus dem hohe Energiekosten von Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen abgedeckt werden können.